



Caritasverband  
Karlsruhe e.V.



**Malteser**  
...weil Nähe zählt.

# **"Was Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten umtreibt" – Ansätze und Realitäten aus der kommunalen Praxis**

*Milena Michy und Veronika Lechner, Multiplikatorinnen für Gewaltschutz  
Baden-Württemberg und Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen*

*Projekt "Dezentrale Beratungs- und Unterstützungsstruktur für Gewalt-  
schutz in Flüchtlingsunterkünften" (DeBUG), initiiert und gefördert durch  
die Wohlfahrtsverbände und das BMFSFJ.*



Caritasverband  
Karlsruhe e.V.



**Malteser**  
*...weil Nähe zählt.*

## **Inhalt:**

- 1. Herausforderungen der Kommunen**
- 2. Relevanz dieser Herausforderungen für den Gewaltschutz**
- 3. Gestaltungsspielräume und Perspektiven**
  - **Erfahrungsbasierte Gestaltungsspielräume/ best practice**
  - **Empfehlungen**
- 4. So könnte eine gute Unterbringung aussehen**
- 5. Bundesweite best practice**



# 1. Herausforderungen der Kommunen

- Kommunen an der Belastungsgrenze (Aufnahmekapazitäten, Wohnraum, Infrastruktur, Beratungsangebote,...)
- Arbeitsbedingungen und hohe Personalfluktuation
- Zu hohe Betreuungsschlüssel
- Transfer: Kommune bekommt keine Vorab-Informationen
- „Systemsprenger“ und andere erhöhte Betreuungsbedarfe
- Fehlende Tagesstruktur und Perspektiven für Geflüchtete
- Unterstützungsbedarf auch nach Rechtskreiswechsel



## 2. Relevanz dieser Herausforderungen für den Gewaltschutz

- Besondere Schutzbedarfe (EU-Aufnahmerichtlinie 2013/33/EU) werden weder erfasst noch angemessen versorgt
- Keine Erfassung zu Gewaltvorfällen
- interne und externe Angebote zur psychosozialen Versorgung sind nicht ausreichend (v.a. in Bezug auf: geflüchtete Männer, Kinder- und Jugendliche, „unauffällige/ stille“ Bewohner:innen, LSBTIQ)



## 2. Relevanz dieser Herausforderungen für den Gewaltschutz

- Fortführung der Delinquenzspirale durch Blick auf geflüchtete Männer als „Problem“ oder „Störer“
- keine Nachhaltigkeit von Strukturen (befristete Verträge; nur wenig Ressourcen für Weiterbildung, Vernetzung, internes Qualitätsmanagement)
- Verschleiß von Mitarbeitenden durch hohe Arbeitsbelastung
- derzeit: Zunahme von rassistischen Übergriffen auf GU`s



### 3. Erfahrungsbasierte Gestaltungsspielräume

- Innerkommunale Vernetzungsstrukturen ausbauen und pflegen  
(struktur-, themen- und fallbasiert)
- Bei Wohnungssuche hat sich enge Zusammenarbeit mit  
Wohnungsgenossenschaften/ Immobilienfirmen bewährt  
und/oder Organisation der Wohnungssuche durch externe  
Stelle
- Aufsuchende Sozialbetreuung in dezentralen Wohnungen



### 3. Erfahrungsbasierte Gestaltungsspielräume

- Ehrenamt fördern, kann aber nicht strukturelle Aufgaben übernehmen
- Vergabe (bes. Notunterkünfte) an erfahrene Träger
- eigener Entschluss einer Kommune zu Schutzkonzept möglich



### 3. Empfehlungen

- Standardisiertes Clearing für besondere Schutzbedarfe in EAE und GU`s
- engmaschigere Betreuung in zentralen und dezentralen Unterkünften durch Fachpersonal (Psycholog:innen,...)
- Ausbau ambulanter und externer Angebote (z.B. PSZ`s, Streetwork, Täterarbeit)
- vermehrte aufsuchende Beratungsangebote: z.B. Suchtberatungs-Sprechstunde in GU





## 3. Empfehlungen

- Öffnung vorhandener Hilfesysteme und Regelangebote für Geflüchtete (finanziell und interkulturell)
- Einrichtungen mit therapeutischem, spezialisiertem Profil schaffen (Heime für psychisch Kranke, Pflegeheime, Übergangseinrichtungen für Suchtkranke)
- Finanzierung und niedrigschwellige Inanspruchnahme von Sprachmittlung
- Finanzierung von Fahrtkosten zu Beratungsangeboten



## 3. Empfehlungen

- Abschaffung von Fallpauschalen
- Identifizierung und Behebung von Versorgungslücken
- Klar definierte Aufgabenbeschreibungen für Mitarbeitende der Sozialbetreuung
- Arbeitsplätze attraktiv machen (Bezahlung nach TvÖD, Entfristung, Weiterbildung)
- Gewaltschutz und Qualität in Ausschreibungen abfragen und bei Vergabe berücksichtigen



### 3. Empfehlungen

- Besondere Schutzbedarfe bei Transfer berücksichtigen; ggf. Wohnsitzauflage aufheben
- Verwaltungsperspektive und Perspektive der Sozialen Arbeit mehr miteinander verzahnen: mehr Sozialarbeitende in Behörden
- Land muss Kommunen bei der Versorgung besonderer Schutzbedarfe finanziell und konzeptionell unterstützen



## 4. So könnte eine gute Unterbringung aussehen

- Kommunale Unterbringung entsprechend des individuellen Schutz- und Unterstützungsbedarfs
- Die GU`s berücksichtigen stärker die spezifischen Bedarfe schutzbedürftiger Gruppen (ggf. Ausdifferenzierung der Angebote)
- Gemeinsame Planung und Durchführung einer nachhaltigen, menschenwürdigen Unterbringung durch Behörden, Träger, Akteur:innen; Vernetzung anstatt punktueller Ansätze



## 4. So könnte eine gute Unterbringung aussehen

- Vorhalten von Kapazitäten statt kurzfristigen Reagierens
- Umfassende psychosoziale Beratung und Betreuung von der EAE bis zum eigenen Wohnraum
- Transfer entsprechend des spezifischen Unterstützungsbedarfs
- Unterbringung baut auf Grundsätzen der Sozialen Arbeit auf und setzt diese um (Beziehungsarbeit, multiprofessionelles Team, Hilfe (!) zur Selbsthilfe, Reflexion der eigenen Arbeit)



## 4. So könnte eine gute Unterbringung aussehen

- interne und externe Angebote, um Menschen Struktur und Perspektive zu bieten
- Ankommen und Teilhabe ermöglichen
- Gewaltschutz ist gesetzlich verankert und wird durch Zuständige auf Landes- und kommunaler Ebene umgesetzt



## 5. Bundesweite best practice

- Thüringen: „GUSVO“ (Verpflichtung zum kommunalen Gewaltschutzkonzept, Nachqualifizierungsprogramm ThAMI), Landesprogramm Dolmetschen
- Leipzig: LSBTI-Unterkunft, GU Haus Eythstraße (Suchtschwerpunkt), Öffnung des Gesundheitssystems für Geflüchtete
- Schleswig-Holstein: weisungsbefugte:r Gewaltschutzbeauftragte:r auf Landesebene in Planung
- Stuttgart: Schutzflur für Opfer häuslicher Gewalt



Caritasverband  
Karlsruhe e.V.



**Malteser**  
*...weil Nähe zählt.*

Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

## Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Veronika Lechner

*Multiplikatorin für Gewaltschutz für Sachsen – Sachsen-Anhalt –  
Thüringen*

*(Bundesinitiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in  
Flüchtlingsunterkünften DeBUG)*

Malteser Hilfsdienst gGmbH

Bezirksgeschäftsstelle Dresden-Meißen

Fachstelle Flüchtlingshilfe

Leipziger Straße 33, D-01097 Dresden

Mobil +49 (0) 170 6016 386

Fest +49 (0) 351 43555-86

E-Mail [veronika.lechner@malteser.org](mailto:veronika.lechner@malteser.org)

Milena Michy

*Multiplikatorin für Gewaltschutz für Baden-Württemberg*

*(Bundesinitiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in  
Flüchtlingsunterkünften DeBUG)*

Caritasverband Karlsruhe e.V.

Verfahrens- und Sozialberatung für Flüchtlinge

Sophienstraße 93, D-76135 Karlsruhe

Mobil +49 (0) 151 1888 1494

Fest +49 (0) 721 893366-73

E-Mail [m.michy@caritas-karlsruhe.de](mailto:m.michy@caritas-karlsruhe.de)